

RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



HOFFENTLICH NUR SPASS

Am 20. Januar wird Donald Trump vereidigt. Wir haben seine Antrittsrede. Seite A 5

NACHKRIEGSZEIT

Silvester 1946 war kalt, Kohle knapp. Da hielt Kardinal Frings eine folgenreiche Predigt. Magazin



DÜSSELDORF

LOKALES

Worauf sich die Stadt freuen kann



Es gibt viele Dinge, die in Düsseldorf im nächsten Jahr für Freude sorgen sollen. Der Aquazoo soll endlich eröffnen, ein Platz an der Kö soll in neuem Glanz erstrahlen.

SEITE D1

ARCHITEKTUR

Brückenfamilie als Weltkulturerbe?

Architekt Edmund Spohr regt an, die Bauwerke als Weltkulturerbe schützen zu lassen. Er schlägt vor, sie zur Tour de France zu illuminieren.

SEITE D2

GESCHICHTE

Die rauschenden Feste im Malkasten

Der legendäre Künstlerverein war schon Ende des 19. Jahrhunderts für seine oft recht freizügigen Feiern berühmt.

SEITE D4

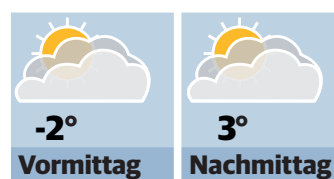
ZITAT

„Die Ruhe wurde, wie die Religion, zur Privatsache: zu einer Angelegenheit für Feiertage, Wochenenden und den Jahresurlaub.“

Ralf Konersmann, Philosoph

WETTER

Dichte Wolken und etwas Sonne



RP KONTAKT

Kundenservice (Anzeigen)
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen
Leserservice 0211 505-1111,
Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Olli Dittrich (60) ist endgültig im Olymp des Showgeschäfts angekommen. In seiner neuen Serie in der ARD interviewt er sich künftig selbst. Bislang war dieses beeindruckende Kunstwerk den führenden Figuren des Berufsfußballs vorbehalten. So verhöhnt der Deutsche Fußball-Bund sein Publikum quartalsweise mit den neuesten Selbstgesprächen des Bundestrainers. Anders als bei Olli Dittrich wechselt er bei Frage und Antwort allerdings nicht die Seiten, er beantwortet einem imaginären Mitarbeiter Fragen, die sich die Marketingabteilung ausgedacht hat mit Sätzen, die er vorher mit der Marketing-Abteilung abgestimmt hat. Ins Fernsehen kommt er damit nicht. Er meint das ja auch ernst. pet



4 198696 101906 6 0052

Aussichten: wechselhaft

Wer will, dass sich sein Leben ändert, muss etwas ändern

Weshalb Demoskopien nicht mehr wissen, was der Wähler will

Was sich im Spärt alles ändern wird

2016 war ein Jahr des Umbruchs, und so, wie es aussieht, wird das kommende Jahr dem in nichts nachstehen. Ob man Veränderungen mag oder sich vor ihnen fürchtet - 2017 wird garantiert nicht langweilig. **Ab Seite C 1**

Wieso NRW auf chinesische Investoren hofft

Warum Schüler in Göch selbst entscheiden können, wann sie Abitur machen

Wie Donald Trump das Oval umdekoriert wird

ILLUSTRATION: ANNA ZORNIER

Eon will Stellen in Essen streichen

Ein Jahr nach der Aufspaltung muss der Energieriese sparen. Vor allem in der Verwaltung fallen Stellen weg, kündigt Eon-Chef Teysen an. Auch Konkurrent Innogy schließt Stellenabbau nicht aus.

VON ANTJE HÖNING

ESSEN Ein Jahr nach der Aufspaltung und dem Umzug von Düsseldorf nach Essen bereitet sich der Energiekonzern Eon auf Stellenabbau vor. Eon-Chef Johannes Teysen nannte im Interview mit unserer Redaktion Details des Programms „Phoenix“, mit dem Eon 400 Millionen Euro sparen will: „Bei Effizienzprogrammen dieser Art entfallen meist 50 Prozent der Einsparungen auf Personal- und 50 Prozent auf Sachkosten. So könnte es auch bei ‚Phoenix‘ sein.“ Eon werde dezentraler, Mitarbeiter vor Ort bekämen mehr Freiheit. „Das heißt, dass vor allem in der zentralen Verwaltung Stellen wegfallen“, sagte Teysen. „Naturgemäß ist auch Essen als Konzernsitz betroffen, wo wir derzeit rund 600 Mitarbeiter in Zentralfunktionen haben.“ Insgesamt sind in der Zentrale in Essen 2000 Mitarbeiter beschäftigt, weltweit hat Eon 43.000 Mitarbeiter.

Auf die Frage, ob er betriebsbedingte Kündigungen ausschliesse, sagte Teysen: „Wie immer in solchen Fällen bemüht sich Eon um sozialverträgliche Lösungen. Das ha-

ben wir dem Betriebsrat auch bereits zugesagt. Ich bin zuversichtlich, 2017 faire Lösungen zu finden, zumal unsere Transfergesellschaft weiterläuft.“ Sie soll Mitarbeiter, deren Stelle wegfällt, qualifizieren und vermitteln.

Das Ausmaß des Abbaus steht noch nicht fest. Das ermittelte man derzeit, so Teysen. Im Konzern heißt es immerhin, dass der Abbau weit unter dem des vorherigen Programms liegen werde, bei dem 11.000 Stellen wegfielen. Teysen: „Wir prüfen aber auch, wo Tochterunternehmen und Shared-Service-Center effizienter werden können.“ In diese Center im Ausland ist Standard-Verwaltungsarbeit ausgelagert.

2016 bedeutet für die ganze Branche eine Zäsur. Nachdem die Energiegigante die Gewinne weggeschmolzen hatte, zog Teysen die Reißleine: Eon spaltete das Kraftwerksgeschäft in die Düsseldorfer Tochter Uniper ab. Eon ist für die Zukunftsgeschäfte Ökostrom, Netze, Vertrieb zuständig.

Der Konkurrent RWE zog nach und spaltete seine Zukunftsgeschäfte mit 42.000 Mitarbeitern in die Firma Innogy ab. Auch hier steht

INFO

Chronologie des Atomausstiegs

2000 Die rot-grüne Bundesregierung einigt sich mit der Energiewirtschaft auf einen Ausstieg aus der Kernkraft in Deutschland.

2010 Die schwarz-gelbe Bundesregierung drückt mit knapper Mehrheit längere Laufzeiten für Atommeiler durch. Damit ist zunächst der Abschied vom rot-grünen Atomausstieg beschlossen.

2011 Nach der Katastrophe von Fukushima vollzieht Bundeskanzlerin Angela Merkel die erneute Kehrtwende: Acht Meiler müssen noch 2011 endgültig vom Netz. Die letzten sind Ende 2022 an der Reihe - dann soll Schluss sein mit der Atomkraft in Deutschland.

2016 Das Bundesverfassungsgericht spricht den Atomkonzernen wegen des beschleunigten Atomausstiegs eine „angemessene“ Entschädigung zu.

Sparen an. „Aktuell sehen wir keine Notwendigkeit für ein Stellenbauprogramm. Wir können das aber mit Blick in die Zukunft nicht ausschließen“, erklärte ein Innogy-Sprecher. „Effizienzsteigerung betreiben wir permanent. 2017 werden infolge der Innogy-Gründung diverse kleinere Organisationsoptimierungen erforderlich sein.“

2016 war auch das Jahr, in dem Bund und Konzerne den Streit über den Atomausstieg beilegten. Bis Juli 2017 müssen die Konzerne 23,6 Milliarden Euro an den Atomfonds zahlen, dafür übernimmt der Staat die Verantwortung für die Lagerung des Atomabfalls. Das wird Eons Bilanz weiter belasten: „Natürlich muss der Kernenergie-Konsens in der Bilanz 2016 abgebildet werden“, so Teysen. Der Konzern machte in den ersten neun Monaten bereits einen Verlust von 9,3 Milliarden Euro. Eon lässt nach der Einigung Klagen fallen. An der Klage gegen die Brennelementesteuer werde aber festgehalten. Hier geht es um 2,8 Milliarden Euro. 2016 sei ein Jahr des Übergangs gewesen, so Teysen: „Jetzt sind wir frei für unsere Zukunft.“

Wirtschaft Seite A 6

Merkel warnt vor „Zerrbildern“ der Demokratie

BERLIN (may-) Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat 2016 als „Jahr schwerer Prüfungen“ bezeichnet. Die schwerste sei ohne Zweifel der islamistische Terrorismus, sagte sie bei der Aufzeichnung ihrer Neujahrsbotschaft. Es sei „besonders bitter und widerwärtig, wenn Terroranschläge von Menschen begangen werden, die in unserem Land angeblich Schutz suchen“, erklärte die Regierungschefin. Wo politische oder gesetzliche Veränderungen nötig seien, werde die Bundesregierung „schnellstens die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten und umsetzen“.

Mit den Bildern des zerbombten Aleppo in Syrien vor Augen dürfe gesagt werden, „wie wichtig und richtig es war, dass unser Land auch im zurückliegenden Jahr denjenigen, die tatsächlich unseren Schutz brauchen, geholfen hat, hier bei uns Tritt zu fassen und sich zu integrieren“. Zu dem Gefühl, die Welt gerate aus den Fugen, die Europäische Union sei infrage gestellt und die parlamentarische Demokratie kümmere sich nicht um die Interessen der Bürger, sagte Merkel: „Was für Zerrbilder!“ Die Deutschen dürften sich „niemals vorgaukeln lassen, eine glückliche Zukunft könnte je im nationalen Alleingang liegen“.

Putin verzichtet auf Gegensanktionen

MOSKAU (ap/dpa) Die Affäre um mutmaßliche russische Hackerangriffe im US-Wahlkampf hat einen diplomatischen Wortwechsel zwischen Washington und Moskau ausgelöst. US-Präsident Barack Obama hatte die Ausweisung von 35 russischen Diplomaten angeordnet. Sein russischer Kollege Wladimir Putin teilte gestern mit, er wolle keine US-Diplomaten des Landes verweisen. Auch die Schließung eines Erholungszentrums für Botschaftsangehörige im Nordwesten Moskaus lehnte Putin ab. Obamas Nachfolger Donald Trump lobte Putin hingegen dafür, dass er auf Gegenmaßnahmen verzichtete: „Ich habe immer gewusst, dass er sehr klug ist.“

Stimme des Westens Seite A 2

Die nächste Ausgabe unserer Zeitung erhalten Sie am Montag, 2. Januar 2017, zur gewohnten Stunde.

CSU fordert Stopp der Türkei-Hilfe

Die Partei will den Abbruch der Beitrittsgespräche und andere Kooperationsformen.

VON GREGOR MAYNTZ

BERLIN Die Türkei hat sich nach Überzeugung der CSU für eine EU-Mitgliedschaft disqualifiziert. „Wir sollten daher die Beitrittsgespräche abbrechen und realistischere Kooperationsformen anstreben“, heißt es in einem unserer Redaktion vorliegenden Beschlusspapier der CSU-Landesgruppe für ihre Klausurnächste Woche. In jedem Fall müsse jetzt auch die Zahlung von „Heranführungshilfe“ gestoppt werden, die nicht der Zivilgesellschaft oder Flüchtlingsprojekten zugutekomme. Beitrittskandidaten überweist die EU Finanzleistungen zur Anpassung an die EU-Standards. An die Türkei sind bereits mehr als fünf Milliarden Euro geflossen. Offizielle

Regierungslinie ist ein Festhalten an ergebnisoffenen Beitrittsgesprächen. Der CDU-Parteitag hatte zuletzt einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen abgelehnt.

Kritisch sieht die CSU den Umgang mit den austrittswilligen Briten. „Nicht alle Kritik der Briten am Zustand der EU war falsch“, heißt es im Beschlussentwurf. Die Landesgruppe lehne es ab, die Verhandlungen zu nutzen, um ein Exempel zu statuieren, das Großbritannien bestrafen und andere Mitglieder vom Austritt abhalten sollte: „Die EU ist keine Zwangsvereinigung.“ Die Mitglieder blieben freiwillig, wenn und weil sie an den Sinn des europäischen Projektes glaubten. Wer allerdings die EU verlasse, der könne nicht weiter von den Vorteilen der Gemeinschaft profitieren, ohne dafür nicht zumindest auch substantielle Beiträge zu leisten. Hier fordert die CSU einen „fairen Deal“.

Teile der mit den Briten vereinbarten Reformagenda seien weiter aktuell und sollten umgesetzt werden. Dazu gehöre die Reform der Freizügigkeit, um eine „missbräuchliche Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme“ zu verhindern. Sozialleistungen einzuschränken für diejenigen, die nicht ins deutsche Sozialsystem eingezahlt hätten, sei ein richtiger Anfang. „Zusätzlich müssen Kindergeldzahlungen für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten gekoppelt werden dürfen“, verlangt die CSU.

Leitartikel Seite A 2

Jetzt

JETZT OSLO

ColorLine CRUISES

p. p. schon ab € **185,-**

OSLO-STÄDTEREISE

Kiel-Oslo-Kiel, inklusive:
- Mini-Kreuzfahrt mit
2 Übernachtungen an Bord
- 1x Übernachtung mit
Frühstück im Hotel in Oslo

Täglich ab Kiel - jetzt schnell buchen!
colorline.de | 0431-7300 100

Color Line GmbH, Norwegenkai, 24143 Kiel
* zzgl. € 18,- Buchungsgebühr, online kostenfrei